

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 s., 1/2 Jährl. 1.50 s. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschaffbar, kostet monatlich 10 s., 1/2 Jährlich 30 s.

Die Neue Welt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Hölbergasse.

Telegraphisch: Volksblatt Halle-Saale.

Nr. 285.

Freitag den 6. Dezember 1895.

Inserionsgebühren beträgt für die gewöhnliche Zeitspaltel oder deren Raum 1 s. für 10 Zeilen. Preis und Veranschaulichungsanzeigen 10 s.

Quotienten für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 10 Uhr in der Expedition abgegeben sein.

Eintragungen in die Postzeitungsbücher unter Nr. 7057.

Wort: Für Wahrheit und Recht.

6. Jahrg.

Die Sparkassen.

Wer hat in Preußen den Ruinen von den Sparkassen?

1851 forderien die Junker in preußischen Altkordernenthausen, es solle jede erwerbstätige Person durch Gesetz verpflichtet werden, Sparkassen-Einlagen bis zu einem bestimmten Betrage zu machen. Es sollte ein Sparzwang statuiert werden. Das zum Wohle des Volkes, selbstverständlich. Ihnen denn die preußischen Junker, überhaupt sie etwas anderes, als zum Wohle des Volkes?

„Geben wir denn nicht einen Schulzwang?“ fragten sie, „worum sollen wir nicht auch einen Sparzwang haben? Wenn man das Volk zwingt, ein „geistes Kapital“ zu sammeln, warum es nicht auch zwingen, ein materielles Kapital zu sammeln? Wenn man den Beamten zum Sparen verpflichtet, warum nicht auch den gemeinen Entertien?“

Die Junker mußten sehr auf, was sie wollten. Sie rechneten auf die Sparkassengelder, um billige Hypotheken aufzunehmen. Man sieht, sie haben sehr gut begriffen, um was es sich bei den Sparkassen handelt. Ihr Projekt lief in seiner Wirkung darauf hinaus, daß jeder verpflichtet sein sollte, den Junkern Geld zu borgen. Auf die Art sollte das Volk „Kapital“ sammeln.

Dieser Vorschlag blieb ein schöner Traum. Ein Zwang, zum Wohle der Junker zu sparen, wurde dem Volke nicht auferlegt. Aber sie sollten schon ihren Nutzen von der Sache haben, auch ohne Zwang.

Die Sparkassen entwickelten sich sehr rasch in Preußen. Es betrug

im Jahre	Sparkassen	das Guthaben (in Mill. M.)	der Durchschnittsbetrag p. l. Buch
1835	9	16	180
1855	423	97	229
1865	919	388	291
1875	2.209	1.112	503
1885	4.209	2.291	535
1893	6.255	3.750	600

Besonders in der Periode der Industrieblüte 1865 bis 1875 nahmen die Sparkassen einen raschen Aufschwung. Namentlich betrug die Zahl der Sparkassen 6,3 Millionen bei einer Bevölkerung von 30 Millionen und einer Zahl der Erwerbstätigen von etwa 12 bis 15 Millionen. Also über 20 Proz. der gesamten Bevölkerung oder 40 bis 50 Proz. der Erwerbstätigen nehmen an den Sparkassen teil.

Das Vermögen der preußischen Sparkassen betrug 1893 nebst Merseburger 10. mehr als 3,9 Milliarden Mark. Wie wurde nun diese große Summe verwendet? Selbstverständlich wurde der ganze Betrag ausgeben. Aber wer sind die glücklichen Schuldner der Sparkassen?

Von je 100 M. der zinsbar angelegten Kapitalien der Sparkassen entfallen auf:

Städtische Hypotheken	29,6
Ländliche Hypotheken	26,7
Inhaberpapieren (Staatsanleihen etc.)	28,9
Andere Darlehen	14,8

Also der Grundbesitz nimmt hier den breitesten Platz

ein. Auf ihn allein entfallen 50 Prozent der Darlehen. Von diesem Gesichtspunkte sind die preußischen Sparkassen nichts anderes, als Organisation von billigen Hypothekendarlehen. Wir sagen: Organisation von billigen Hypothekendarlehen, denn die Sparkassen haben ja selbst keinen Profit abzuwerfen. Sie haben den Unterschied des Zinsfußes nur so bemessen, um die Verwaltungskosten und den Reservefonds zu decken. Zielen sich dann noch auf die Dauer größere Zinsüberschüsse ein, so wird entweder der Sparzins erhöht oder der Darlehenszins heruntergesetzt. Die preußischen Sparkassen haben aber im Laufe der Zeit beide heruntergesetzt.

Daß der städtische Grundbesitz stärker betroffen ist als der ländliche, liegt zum Teil daran, daß die Sparkassen am meisten in den Städten vertreten sind. Bei den ländlichen Sparkassen ist das selbstverständlich umgekehrt.

So wurden bei den „Richtpflicht, Fideikommiss und Landgemeinde-Sparkassen“, die am ausgeprochensten einen ländlichen Charakter tragen, vom Gesamtkapital angelegt in:

Städtischen Hypotheken	384 Mill. Mark
Ländlichen Hypotheken	105,6
Inhaberpapieren	31,5
Andere Darlehen	29,2

In den „Kreis- und Amts-Sparkassen“ sind auf städtische Grundstücke ausgegeben 239 Millionen Mark, auf ländliche 460 Millionen. Im allgemeinen sind in städtischen Hypotheken 1186 Millionen Mark angelegt, in ländlichen 1049 Millionen Mark!

Eine volle Milliarde haben sich also die ländlichen Grundbesitzer von den Sparkassen geben lassen, ein Resultat, das sich die preußischen Junker 1851 kaum haben träumen lassen. Doch sind es in erster Linie nicht die Junker, die den Sparkassendarlehen ausgeben. Sie haben bei ihren Spekulationen eins vergessen: daß bei dem ungeheuren Druck, den sie in den gutgeleiteten Gefilden Niederschleusen, Westpreußens, Pommerns etc. auf das Bauernvolk ausübten, dieses am Hungernde nagt und besten Willen nicht einen abgebrochenen Heller zurücklegen im Stande ist. Darum sind die Sparkassen in Ostpreußen und Westpreußen am geringsten vertreten.

Desto mehr benutzen den Sparkassendarlehen die städtischen Baupapieranten und Hausmagagnaten. Mit dem Gelde der Sparer werden schlechte Wohnungen gebaut, die dann viele noch aus dem Grunde teuer bezahllen müssen, weil auf dem Hause eine Hypothek liegt, d. h. weil der Hauseigentümer der Schuldner ist.

Einen weiteren großen Anteil an dem Kapital der Sparkassen verlieren die Inhaberpapieranten. Das sind in der Hauptsache Staatsanleihen. Der Staat hat in den Sparkassen ein gutes Mittel, um seine Anleihen unterzubringen. 1138 Millionen Mark sind von den Sparkassen in Inhaberpapieren angelegt. Den größten Teil davon hat der Staat entnommen, eine willkommene Ergänzung des Systems der Verbrauchssteuern.

Was ist aber das Ergebnis?

Die Kapitalistenklasse benutzt den ihr zufallenden Teil

dazu, um das Proletariat noch mehr auszubuten — der Staat aber verwendet seinen Anteil dazu, um den Militarismus zu züchten.

Und doch, diesem oder jenem Einzelnen kann die Sparkasse von großem Nutzen sein. Das ist ja kein Zweifel, daß die kapitalistische Gesellschaft, daß hier in den meisten Fällen der Nutzen des Einzelnen auf dem Schaden vieler anderen, auf dem Nachteil der Gesamtheit oder einer Gesellschaftsklasse beruht.

Dem Einzelnen mag die Sparkasse unter Umständen zu einer Aufbesserung der Existenz verhelfen. Die Verbesseerung der gesamten Arbeiterklasse bleibt von dem Stande der Sparkassen unberührt. Für die Arbeiter bedeuten die erparten Millionen nur neue Mittel zu ihrer Ausnutzung.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung vom 4. Dezember 1. Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Büttcher. Das Haus ist gut besetzt.

Eingetragen ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Errichtung von Handwerkerkammern.

Der erste Punkt der Tagesordnung bildet die Debatte über des Präsidiums, die durch Abgabe von Zettel stattfindet.

Bei der Wahl des Präsidenten werden 293 Zettel abgegeben. Davon ist ein Zettel unglücklich und 58 sind unbeschrieben. Von den übrigen 234 Zetteln lauten 229 auf den bisherigen Präsidenten Hr. v. Quast (Zentr.), der somit gewählt ist und die Wahl mit folgenden Worten annimmt:

„Ich erachte es als eine Ehrenpflicht, Ihrem Rufe zu folgen. Das Ergebnis der Wahl wird mir ein Sporn sein, alle Kräfte aufzubieten, um meiner Aufgabe nach allen Richtungen hin gerecht zu werden. Ich bitte um Ihre fernere Nachsicht und Unterstützung.“ (Lebhafter Beifall.)

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden 290 Zettel abgegeben, darunter sind 107 unbeschrieben, und eine ist unglücklich. 189 entfallen auf den bisherigen ersten Vizepräsidenten Abg. Schmidt-Eberfeld (13 sind unbeschrieben).

Abg. Schmidt-Eberfeld (frei. Volksp.): Ich nehme die Wahl dankend an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden insgesamt 270 Stimmen abgegeben, wovon 95 Zettel unbeschrieben sind. Auf den Abg. Singer (Zentr.) entfallen 170 Stimmen.

Abg. Singer (Zentr.): Ich nehme die auf mich gefallene Wahl dankend an.

In Schriftführern werden auf Antrag des Abg. v. Kardoff durch Wahl der Abgg. Braun (Zentr.), Gieseler (Volksp.), Dr. Bernies (frei. Volksp.), Kreis (Zentr.), Dr. Krapf (natl.), Werbach (Reichsp.), Normann (natl.) und Dr. Fischer (natl.) zu Assistenten der Abg. Dr. Kintler (Zentr.) und Wade (natl.) gewählt.

Bevor in die Beratung des Antrages Zimmermann, betr. Einstellung des gegen den Abg. Werner schwebenden Strafverfahrens eintritt, wird beantragt:

Abg. Singer (10.) auch einen von der sozialdemokratischen Partei eingetragenen, aber noch nicht auf der Tagesordnung stehenden Antrag auf Einstellung eines gegen den Abg. Stabinghaus schwebenden Strafverfahrens auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag ist bereits zu Commerce taglich anberaumt.

Das Haus stimmt diesem Vorschlag zu. Die Anträge Zimmermann und Singer werden ohne Debatte angenommen.

Am Schluß der Sitzung verhandelt der Präsident, daß mehrere Urkunden eingegangen sind, u. a. eines des Abg. Hübner (10.) 10 Wochen wegen einer „ausgesprochenen Meise ins Ausland“ (Stürmische Heiterkeit).

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Stat.) Schluß 4 Uhr.

Germinial.

Sozialer Roman von Emil Zola.

(Nachdruck verboten.)

Seine Gäste entschuldigten ihn; das Wahlrecht der Grundbesitzer, als werde es auf einem Schicksalstage unmittelbar vor dem ersten Feuer eingenommen.

Jetzt miedten sich auch die Damen wieder in die Unterhaltung. Frau Gregoire drückte ihr Mißfallen mit den armen Venten aus, die vielleicht Hunger leiden würden, und Gacille meinte, daß man Brot und Fleisch Wons unter sie verteilen konnte. Aber Frau Heinebau war ganz erkrankt, als sie von der Not der Arbeiter von Montfouren hören hörte. Waren sie nicht im Besonderen sehr glücklich, hatten sie nicht Wohnung und Heizung von der Kompanie und wurden auf deren Kosten kurirt, wenn sie erkrankten? In ihrer Gleichgültigkeit dieser Herde gegenüber, wußte sie von der Not nichts als die auswendig gelernten Redensarten, welche sie ihren Partier Reden vorbrag, und deren sie infolge des langen Gehörns höchlichst gewohnt war. Doch dieses Volk, welches es so gut habe, undankbar genug war, sich zu empören, fand sie entsetzlich.

Während die Damen untereinander sprachen, sah Regret fort. Gregoire zu angucken. Gacille mißfiel ihm nicht, und er war geneigt, sie zu betheuen, um seiner Seite einen Gefallen zu erwirken; aber er betheute die Sache ohne jeden verstellten Eifer, und blieb dabei ruhig, wie ein Mann von Erfahrung, der sich nicht hinführen läßt. Er nannte sich Republikaner, doch das verbandete ihn nicht, die Arbeiter mit eigener Seite zu behandeln und sie in Kameradschaftsgelächter zu behelligen.

„Ich habe nicht den Euphemismus meines Vaters“, sagte er, „ich fürchte große Unruhen und ich rate Ihnen, Frau Gregoire, Fenster und Thüren der Violaine sorgfältig zu verriegeln, denn sonst könnten Sie ausgeplündert werden.“

Gregoire, der eben mit dem milden Lächeln, welches sein gutmütiges Gesicht stets umspielte, von der Güte seiner Frau den Rinkenarbeiter gegenüber gesprochen, fuhr auf:

„Sie glauben? Ja, aber warum nicht plündern? Unbedeutend! Sind Sie nicht einer der Aktionäre von Montfouren? Sie haben nichts, Sie leben von der Arbeit der anderen mit einem Wort. Sie verwahren das Kapital, das nötig ist vollkommen. Seien Sie überzeugt, wenn eine soziale Revolution aus-

bräche, würde dieselbe Sie zwingen, Ihr Vermögen zurückzugeben, wie geschlossenes Geld.“

„Mit einem Schlage hatte der alte Herr die fündliche Ruhe und unheimlichen Sorgenlosigkeit in der er lebte, verloren; er florterte: Mein Vermögen gehtoblenes Geld? Hat mein Unglückspater nicht, was in der Mine geholt, verdient und teuer verdient? Haben wir nicht alle Gefahren, das ganze Risiko des Unternehmens mitgeteilt? Und mache ich denn heute einen Iratschaden (Schwanz) von meinen Nerven?“

Frau Heinebau, die sah, wie sich die Beherrschung Gregoires auch seiner Frau und Tochter mitteilte, kam ihnen zu Hilfe:

„Aber, lieber Herr Baul, hören Sie!“

Doch Gregoire war außer sich, und als der Diener eine Schüssel Korbbe herbeibrachte, nahm er, ohne zu wissen, was er that, drei Brot und zerbrach die Eier mit den Händen.

„Was geht es es acht Aktionäre, welche Unlug treiben. So! Ich weiß ich, daß Minister für der Kompanie gekleidete Dientle Gehilfen angenommen haben. Dann jeder große Herr, ich will nicht nennen, ein Kompa, einer unserer nächsten Aktionäre, dessen Leben ein Standstill ist und der Millionen für Frauen für Wohlleben und einen unglücklichen Anzug verschwendet. . . . Aber wir, die wir still für uns leben wie brave Leute, die wir sind; die sie insulieren; sondern uns begnügen, beschreiben und vermünftig hushalten, was wir besitzen und auch den Armen ihr Teil lassen! . . . Ah, da müßten unsere Arbeiter ja Zugigebten sein, wenn sie uns nur eine einzige Strohhalbe nehmen wollten!“

Regret, von die Anführung des Alten sehr unterteilt, mußte ihn wieder eingekerkert beruhigen. Inzwischen wurden die Korbbe noch einmal herumgebracht, und man hörte das Brechen der Schalen, während das Getöse jetzt auf Politik überging. Gregoire, der noch immer nervös zitterte, erklärte sich für liberal und bedauerte die Abkantung Louis Philipps. Dementin war für ein starkes Regime und behauptete, der Kaiser werrte sich auf die gefährliche Bahn bedauerlicher Konzeptionen.

Erinnern Sie sich an Remondinard? Die Korbbe hat die politische Richtung. . . . Ah, um wohl, der Bürgerstand spielt heute daselbe theoretische Spiel mit seiner liberalen Begeisterung, seinem Wunsch, das Beschädigte umzuändern, und seinen Liebgelegen mit dem Volke. . . . Jamob, sie werden dem Unglück der Jahre,

mit welchen es uns germaßen wird! Und es wird uns germaßen, verlassen Sie sich darauf!“

Um die Unterhaltung zu wechseln, boten die Damen Dementin um Nachsicht von seinen Töchtern, und er erzählte, Lucie sei in Martheville, wo sie mit einer Freundin Gelegenheitsstudien mache, und Johanna habe den Regal eines alten Vaters zu malen angefangen. Aber er brachte diese Dinge mit zitternder Stimme vor und hatte nicht auf, den Direktor zu irritieren, der, seine Ohne vergessend, sich wieder in das Leben der Depeschen vertieft hatte. Hinter diesen kühnen Papieren sah Dementin Paris und die Regie, deren Verhele das Schicksal der Streik enthielten werden; er konnte sich nicht helfen, er mußte wieder auf den ihn so nach beruhigenden Gegenstand zurückkommen und fragte plötzlich:

„Was werden Sie beginnen?“

Herr Heinebau erwachte mit einem zitternden Schauer aus seinen Träumereien:

„Allerdings. Sie sind hart und können wärmen“, begann Dementin jetzt laut zu denken. „Aber ich! Ich bin ruiniert, wenn der Streik sich auf Vendame ausdehnt! Was hilft mir dies, daß ich Jean-Franz nun inhaftiert habe, ich kann mit dieser einzigen Grube nur befehlen, wenn ich unangenehm probiert werden will. Ich verdrückere Sie, mir ist nicht wohl zu Mute bei dieser Sache!“

Dieses unermessliche Beschnittnis gab Herrn Heinebau zu denken und ein Plan keimte in ihm. Darum nicht, wenn der Streik größere Dimensionen annimmt, ihn beruhigen, den Nachbar sich ruinieren lassen und ihm dann seine Sorgenheiten zu einem niederen Preise abkaufen? Welch ein ausgezeichnetes Mittel, sich bei der Regie, die seit so vielen Jahren den Besitz von Vendame erweist, wieder beliebt zu machen!

„Wenn Ihnen Jean-Franz zu unangenehm wird“, sagte er lachend, „warum verkaufen Sie es uns nicht?“

Aber Dementin bedauerte schon seine Klagen und rief lebhaft:

„Nein und nimmermehr!“

Man lachte über seinen leidenschaftlichen Ausbruch und vergaß für einen Augenblick den Streik, während das Defekt erschien: ein Pfeifen, eine allgemeine Beifall, auch die Anwesenheit in der Debatte über eine Anwesenheit.

(Fortsetzung folgt)

Tagungsberichte.

Wir und das Ausland. Das Vorgehen der Behörden in Deutschland gegen die Sozialdemokratie bildet den Gegenstand von Leitartikeln in der Times und im Standard — den zwei größten Londoner Blättern. Während der Standard den Vorkommnissen wegen der leitenden Stellung Deutschlands in europäischen Angelegenheiten besondere Bedeutung beimisst, weichen die Times auf die Gefahren einer solchen Politik im Innern hin. Es sei zweifelhaft, ob eine solche Repression nicht eher die Institutionen gefährde; die Pressefreiheit sei fast verlohren worden (sich nicht), und die Versammlungsfreiheit mit Beschränkungen umgeben; schließlich werde es nicht viel leichter sein, eine gemeinsame Aktion in Berlin herbeizuführen, als in Konstantinopel. Nur die Forderung, welche die Sozialisten jetzt für Auen erheben, könne sie zu Taten verleiten. Die Verurteilung Försters behauptend, jagt die Times, von diesem Vorgehen habe sich wirklich ab, daß Hammerstein im Auslande die Früchte seiner Kameraderie geniesse und zu Stokers Prebendien sich diese Kameraden drängen. Wer Deutschland stark sehen wolle, sehe mit Bedauern, wie Millionen als Staatsfeinde wegen ihrer Ideen behandelt würden.

Zum Schluß des Vereins- und Versammlungsgesetzes hat, wie die Freie Jtg. mitteilt, die Freisinnige Volkspartei im Reichstag ein Vorgesetz beantragt, welches aus folgenden einigen Paragraphen besteht:

Alle Deutschen sind berechtigt, ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis Vereine zu bilden und sich unbeweglich in geschlossenen Räumen sowie in Versammlungsstätten aus unter freiem Himmel zu versammeln. Auch sind die Vereine berechtigt, mit anderen Vereinen zu gemeinsamen Tugenden in Verbindung zu treten.

Die Bestimmungen der Reichsversammlungs- und Versammlungsgesetze, die Bestimmungen der Bestimmungen der Landesgesetze über die Lieberwachung von Zusammenkünften bleiben unberührt.

Derselbe Antrag war, wie die Freie Jtg. hinzufügt, von der Freisinnigen Volkspartei schon am 23. November 1893 eingebracht, ist aber damals im Reichstag nicht zur Verhandlung gelangt. Den nächsten Anlaß zur Einbringung des Antrags gaben damals die Verhältnisse in Mecklenburg. Dort ist bekanntlich die Abhaltung jeder Versammlung über öffentliche Angelegenheiten und ebenso die Bildung eines politischen Vereins von einer vorgängigen obrigkeitlichen Erlaubnis abhängig. Gegenwärtig weisen die Polizeiverordnungen in den letzten Tagen noch besonders auf die Notwendigkeit hin, das natürliche Recht der politischen Vereine, unter einander in Verbindung zu treten, durch die Reichsgesetzgebung zu schützen. Der Antrag ist absichtlich so gefasst, daß sich eine große Mehrheit auf denselben vereinigen kann. Die Freisinnige Volkspartei wird sich bemühen, diesen Antrag möglichst bald an einem Mittwoch zur Verhandlung zu bringen.

Wegen Majestätsbeleidigung, bezogen an einem preussischen Fürsten, der vor 350 Jahren regierte, wurde der Redakteur des Brandenburger Arbeiterblatts, Genosse Wolfgang, auf Grund des Groben Unfug-Paragraphen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Wegen Kaiserbeleidigung war vom Landgericht Osnabrück gegen einen Gastwirt aus Kleinsiedorf Klage erhoben worden, doch erfolgte Freisprechung.

Wegen Kaiserbeleidigung ist gegen den Baudirektor H. Schrage in Wilhelmshaven Untersuchung eingeleitet worden.

Simon, Philister über die! Die tonerbaute Reichstagsfraktion hat die Herrscher Kaumann samt Genossen in Acht und Bann getan.

Als Gegner betrachten und behandeln will die Bund der Landwirte die Minister v. Bötticher und Marschall, weil sie nicht genug den agrarischen Jüngern nach Liebesgaben stillen.

Was die „Kugen“ Agrarier wollen. Graf Limburg-Straum hat auf dem schlesischen Parteitag der Konservativen die Regierung zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert. Daraus antwortet der offiziös inspirierte hamburgische Korrespondent:

Den Weg der Ausnahmeregierung wieder zu beschreiten, hat sich die Regierung schon im vorigen Herbst geweigert, weil sie diesen Weg für unangenehm hält; sie hat auch von der Lösung eines Gesetzes, welches die bestehenden Beschränkungen der Versammlungen der Reichstages über die die Ausschüttung eines derartigen Verordnungs, durch Verschärfung des Strafgesetzbuches die sozialdemokratischen Ausschreitungen zu treffen, über alle Zweifel für gestellt hat. Die Regierung hat beschlossen, durch eine energische Handhabung der bestehenden Beschränkungen der Versammlungen der Sozialdemokratie nach Möglichkeit einzuschränken, aber von gesetzgebenden Maßnahmen Abstand zu nehmen.

Die tatsächliche Absicht, die Graf Limburg bei seiner Auforderung verfolgt, stellt das Hamburger Blatt in nachstehender Weise dar:

Graf Limburg rechnet darauf, daß die Regierung, wenn sie zur Einbringung eines Sozialengesetzes schreite, auch entschlossen sei, das „normalste“ mit Sicherem voraussetzende abweichende Statum des Reichstages mit der Anwendung beschließen zu beabsichtigen, und somit in einer Wahlkampagne zu treten, in dem sie auf die Unterstützung der konservativen Agrarier angewiesen ist, die dann ohne Zweifel sich nicht bedanken würden, ihre Gegenrechnung zu. Antrag Kampf und Tölpelwahrung zu realisieren. Je weiter aber die Regierung den Agrarier entgegenkommen würde, um so zweifelhafter würde ihre Niederlage im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sein, und um so größer wird die Notlage der Regierung, aus der ein Ausweg nur durch eine Abänderung des Wahlgesetzes, d. h. eine Einschränkung des Wahlrechts derjenigen Bevölkerungsteile, aus denen sich die Sozialdemokratie vorzugsweise rekrutiert, denkbar ist. Was also Graf Limburg und seine Parteigenossen wollen, ist nicht anderes, als die Regierung auf einen Weg drängen, der direkt oder auf einem Umwege zum Staatsstreich führen müßte. Die Korrespondenz weiß dann darauf hin, daß die Regierung den Antrag Kampf schon mit Rücksicht auf die arbeitende Bevölkerung als unannehmbar zurückweisen müsse.

Die Köln. Jtg. sagt:

Auch wir zweifeln nicht, daß die Forderung eines Ausnahmengesetzes gegen die Sozialdemokraten von dieser Seite nur erhoben wird, um die Regierung unter den Willen der Konservativen zu beugen, sie zu zwingen, das laubstündige Joch des Antrages zu tragen.

Der umgestürzte Umsturzmann, Herr Köller, will sich dafür ausreden, nicht je sondern die Staatsanwaltschaft sei für den gegen die Sozialdemokratie geführten Schwärzlichen verantwortlich. Das ist den klaren gesetzlichen Bestimmungen nach eine faule Ausrede; zudem erklärt die offiziös Hamb. Korr. ausdrücklich, daß lediglich

dem Köller die Verantwortlichkeit zufalle und er auch für die weiteren Folgen einzustehen habe. Ueber die Ursache des so schnell gekommenen Sturzes wird berichtet, daß Köller schon längst mit dem Reichstagsler über prinzipielle und tatsächliche Fragen in weitgehende Differenzen geraten sei. Noch am Sonnabend abend hat Köller anscheinend keine Klage davon gehabt, wie nach dem Ungefalltwerden er sich befaßt hätte, seine Klage!

Die freisinnige Vereinigung des Reichstages wird den Initiativentwurf Dr. Barth Wickers aus der letzten Session — Abänderung des Reichstagswahlgesetzes im Sinne der Sicherung des geheimen Wahlrechts durch Ausfüllung der Wahlzettel in einem abgeschlossenen Raum und Abgabe derselben in getrennten Kasten — wieder einbringen.

Eine kleine Kanballerei hat sich zwischen der Freisinnigen Partei und dem Delegierten der Sozialdemokratischen Volkspartei entworfen. Herr Dübbe ist in Hof i. B. in die freisinnigen Werten eingedrungen und hat damit Eugen Richters Strafgericht über sich heraufbeschworen. Richter suchte hier wie schon öfter die schwaibische Volkspartei, deren Führer er stets heraufbeschworen, gegen die verhassten Frankfurter und Münchener mobil zu machen, weil aber den Schmerz erleben, daß die Schwaben das Vorgehen Dübbes wie den jüngsten Versuch Sonnemanns in Düsseldorf billigen. — Europa ist im übrigen noch ruhig.

Die danbarem Zuerstener. Aus Braunschweig, einem Hauptort der Ribbenbarone, kommt vom 30. Nov. die Meldung: „In der heutigen Generalversammlung des 82 Fabriken umfassenden braunschweigisch-hannoverschen Zweigvereins für die Ribbenbaronefabrikation wurde einstimmig eine dem Reichstagsler zu übermittelnde Resolution beschlossen, worin das Vorgehen der Präsidialmacht betreffend die Zuerstenerfrage dankend begrüßt und gelagt wird, daß der Entwurf des neuen Zuerstenergesetzes in seinen Grundzügen den berechtigten Bedürfnissen der Industrie Rechnung trägt.“ Zwanzig Millionen neuer Liebesgaben sind des Dankes wert, mag auch das Pfund Zuerst statt mit 9, mit 20 Pf. Steuer belastet werden.

Die Unfallstatistik der deutschen Eisenbahnen ist fehlerhaft. Das geht hervor aus einem „vertraulichen“ Schreiben des Reichseisenbahnrats vom 4. Juni 1894, welches im Vorwärts veröffentlicht wird. Das an den Eisenbahnminister Thiele gerichtete Schreiben führt aus, daß für die Unfallstatistik gegenüber nur ein Drittel der nachzuweisenden Fälle gemeldet wird. Schon jetzt aber werde den deutschen Eisenbahnen auf Grund der statistischen Aufzeichnungen hin und wieder vorgeworfen, daß sie bezüglich der Sicherheit hinter anderen europäischen Bahnen zurückständen. „Dabei an sich ohne Zweifel unbegründete Vorwürfe, den das Amt bisher darauf zurückzuführen zu können glaubte, daß von den deutschen Bahnen gewissenhaft berichtet werde, der aber nach den neuesten Erfahrungen wohl eher darin seinen Grund haben dürfte, daß die fremden Verwaltungen zum Teil von anderen Anschauungen über die Natur des Betriebsunfalls ausgehen, würde sich in verstärkter Maße ergeben, wenn die Zahlen der deutschen Statistik plötzlich in die Höhe gingen. Um dies zu vermeiden, wird es notwendig sein, die Nachweisungen über die Eisenbahnunfälle enger zu fassen, die Vorschriften über die Meldungen der Unfälle also umzugestalten.“

Einen bezüglich den Entwurf teilt das Schreiben mit. Bis zur endgültigen Feststellung neuer Vorschriften solle man es hinsichtlich der Meldung der Unfälle bei der bisherigen Gepflogenheit belassen.

„D, was ist die deutsch Sprat für ein arm Sprat! für ein plump Sprat! Corrige la fortune! Das nennen die Deutsch betrogen“ sagt Riccaut de la Marinière.

Die politischen Gewissensbisse, die vor Monaten der Reichstagsabgeordnete Röske öffentlich machte und die ihn veranlaßten, den Nationalliberalen eine sozialpolitische Aufpreisgabe zu halten, sowie die Niederlegung seines Mandats in Aussicht zu stellen, weil er mit den Nationalliberalen, die ihn gewöhlt, in wichtigen Fragen nicht übereinstimme, sie sind nunmehr beschwichtigt. Er hat sich bereit finden lassen, das Reichstagsmandat für den Wahlkreis Anhalt I für den Rest der Wahlperiode zu behalten.

Die Einführung des Arbeitsunfallgesetzes auf der Kaiserlichen Werk I in Danzig war von der Danz. Zeitung gemeldet worden. Der achtundzwanzigste Artikel sollte danach am 1. April 1896 verabschiedet eingeführt werden. Annahme wird der Danz. Jtg. von der kaiserlichen Werkverwaltung mitgeteilt, daß die Nachricht unzutreffend sei. Der Zentralverband der Industriellen hatte, wie berichtet, am Sonnabend in seinem Ausschuss beschlossen, über die Frage Erfindungen einzuziehen und auf die „schweren Bedenken“ gegen eine solche Maßregel aufmerksam zu machen. Sollten die Bedenken schon gelöst haben?

Die offizielle Sozialreform ist offenbar vollständig auf dem toten Punkte angelangt. Wie nationalliberale Blätter berichten, werden die vor längerer Zeit veröffentlichten drei Gesetzentwürfe aus dem Gebiete der Unfallversicherung in der diesmaligen Sitzung des Reichstages nicht zur Vorlage gelangen. Der eine betraf Änderungen und Ergänzungen des bestehenden Unfallversicherungsgesetzes, der zweite die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf Handwerk, Handelsgewerbe und Seefischerei, der dritte die Unterstellung der Strafgefangenen unter die Versicherung.

Ausland.

Frankreich. Der Senat, das ist der deutsche Bundesrat ins Französische überetzt, zeigt sich einmal wieder als untrüglicher reaktionärer Hemmschuh für die Gesetzgebung. Raum hat die Kammer ein vollständiges, dem Fortschritt dienendes Gesetz beschlossen, das über die Erbschaftsteuer, so droht der Senat es zu Fall zu bringen. Er wählte in die Kommission für das Erbschaftsteuergesetz am Montag lauter Feinde deselben. Sollte der Senat zur schließlichen Ablehnung kommen, so dürfte das die Frage der Verfassungsrevision, die in der Abschaffung des Senats gipfelt, schärfer in den Vordergrund drängen. Dieser Tage ist der Ministerpräsident Bourgeois der Frage geschickt ausgegangen. Aber es bedarf nur eines Antikes,

der den reaktionären Charakter des Senats wieder offen zeigt, um die Frage aus neu auf zu machen.

Russland. In Kurland ist eine nächste Hausjüngung bei vielen Studenten der landwirtschaftlichen Akademie vorgenommen worden. Die Polizei entdeckte angeblich eine geheime Verbindung unter den Studenten, von denen eine größere Anzahl in der Warschauer Citadelle interniert wurde. Sozialistische Schriften sind beschlagnahmt worden.

Türkei. Die diplomatische Komodie zwischen der türkischen Regierung und den Vorkämpfern der anderen Mächte wird immer heftiger. Die Mächte werden die Durchführung der Vertragssätze nochmals und zwar in Form eines Ultimatus beanspruchen. Im Weigerungsfalle ist indes ein einziges Vorgehen der Mächte ausmüßiglos, einige seien geneigt, die Durchführung zu erzipigen, andere fürchten, ein solcher Schritt könnte einen Ausbruch des moslemischen Fanatismus veranlassen. Ueber Wien wird dem Daily Telegraph berichtet, der Streit zwischen dem Sultan und den Mächten werde durch einen Vergleich beigelegt werden, wonach der Sultan die Fermane gewährt unter der Bedingung, daß die Vorkämpfer keinen Gebrauch von ihnen machen, falls das Leben der Christen nicht durch weitere Kundgebungen des Fanatismus ernstlich gefährdet werde.

Politisches und Gesellschaftliches.

Das 8. Volkstages und seitlich abends in Leipzig dem Genossen H. F. Heile Halle der im sozialdemokratischen Verein Alt Leipzig einen Vortrag zu halten hatte. Nachdem Redner den Stand der pädagogischen Wissenschaft auf dem methodischen Gebiete beleuchtete und das richtige Vorkarstellung der beruflichen Vorkarstellung auf diesem Gebiete lebend anerkannt hatte, kam er auf die erzieherische Seite des Schulwesens zu sprechen und sagte da etwa: „Der Ausdruck wird hierbei gelegentlich auf Erziehung zum Gehorsam und zur Demut. Die beiden Grundgedanken, auf denen die Charakterbildung aufbauen werden muß, sind aber das Rechtsgemäß und das menschliche Wohl zu bezeichnen.“ Statt diese von der Natur gegebenen Voraussetzungen zur Bildung eines richtigen Charakters auszunutzen, werden sie leider häufig genug von der Schule noch gewaltsam vernichtet. — „Ich entziehe dem Redner das Wort“, ließ sich der Lieberwächende. Herr Kriminalpolitisch Richter, zum namengebenden Erläutern der zahlreichen Bestimmungen, die hieraus das Wort ergäht, wurde daselbst entogen, als er die eben getroffene Maßregel kritisierte. Da Weisenthal aber diese Kritik an den Schluß seiner Ausführungen gelegt hatte, kam die Wortentziehung unter der Heiterkeit der Versammlung einen Vortrag zu sein.

Die Debatten der Rhein. Westf. W. Jtg. Reichstagsabgeordneter Dr. Lütjen an wurde von der Dortmunder Strafkammer der Zutritt zu ihren Verhandlungen verweigert, weil er über einen geheim verhandelten Majestätsbeleidigungsprozess unbedeutend gewesen einen sehr ausführlichen Bericht veröffentlicht habe.

In Erfurt wurde wegen Beleidigung in zwei Fällen Gen. Huth als Redakteur der Thür. Zeit. zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

S. Solingen. Eine Hausjüngung hat in der Expedition und Redaktionskollektive stattgefunden. Die Hausjüngung der Privatwohnung des Redakteurs durchführte. Die Hausjüngung geschah auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft zu Lachen und geschah nach dem Manifest eines Artikels, durch welchen der Bürgermeister und die Polizeikommission von Solingen angeblich beleidigt sein sollten. Deswegen wurde geschickt nach zwei vorhandenen Exemplaren der Nr. 8 des Wäckerer Volksblatt. Gefunden wurde, mit Ausnahme des einen Belegexemplars dieser letzten Nummer, nichts. Des weiteren wird Genosse Franzen vor den Amtsrichter geladen, dem er Auskunft über den Verfasser des betreffenden Artikels geben soll.

Parteiangriffe.

— Eine Erklärung unserer Reichstagsfraktion, die der Vorwärts heute veröffentlicht und die wir in der morgenden Nummer abdrucken werden, teilt den Genossen mit, daß die Führung der Geschäfte auf die Genossen:

Auer, Hebel, Liebknecht, Reisser und Singer

übergegangen ist, und daß den Genossen **Förster, Könen, und Wollenbuhl** sämtlich in Hamburg, die Verwaltungs-Geschäfte zugewiesen worden sind.

Alle Parteigelehrte sind an **Geinrich Könen, Hamburg, Appendorferweg 43, Haus 3**, zu richten.

— Ueber die Auflösung des Parteivorstandes schreibt die Wölkische Zeitung: Die Frage hat insofern eine ganz allgemeine Bedeutung, als im bestehenden Maße davon sämtliche andere politische Parteien getroffen werden. Denn ein Parteivorstand, Vertrauensmänner und Diskretionelle bestehen in jeder Partei, und daß sie untereinander in Verbindung treten müssen, liegt im Wesen der Sache. Auch wenn die Schließung der sozialdemokratischen Vereine aufrecht erhalten wird, dürfte dadurch der sozialdemokratische nur geringer Abbruch geschehen. Die Partei würde ihre Stellung höchstens nach einem politischen Bundesstaats, und wenn auch das verlor, ins Ausland verlegen. Eine Schwächung der Sozialdemokratie ist davon nicht zu erwarten. — Stimmt!

In der Feiernarbeit von Zimmermann in Bielefeld ist eine sozialistische Verleumdung vorgenommen worden. Wenn eine Einigung nicht erzielt wird, dürfte es zu einer Arbeitseinstellung kommen.

— Eine Bewegung für den Feiernarbeit steht unter den Sattler und Riemen in Zebruß bevor. Zugang ist fernzuhalten.

In Oera hat der Landtag einstimmig das Eruchen des Ministeriums gegen Verleger und Zruider der sozialdemokratischen Flugblätter den Strafentwurf zu stellen, abgelehnt.

Soziale Uebersicht.

Die Arbeitslosigkeit nimmt, wie die Köln. Volks-Zeitung mitteilt, in Berlin mit dem Eintritt der kalten Witterung augenscheinlich zu. Wer eine Arme von Stellenlosen sehen will, begehe sich nachmittags 4 Uhr in die Zimmerstraße vor das Haus des Lokalanzeigers, wo der „Arbeitsmarkt“ des Blattes separat ausgegeben wird. Ein Dutzend Schulleute sind nötig, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. — Was für eine Ordnung!

— **Eine Fabrikantenfrau über einen Streik.** Aus der intimen Korrespondenz einer Fabrikantenfamilie liegt dem Vorwärts der Brief einer Mama an ihren Sohn vor, in dem sie über den Stand des in der Fabrik von Papa angebrochenen Streiks berichtet. Der Brief zeigt, wie in Fabrikantentreisen über den Arbeiter gedacht und gesprochen wird:

„Der Streik besteht noch heute, gipfelt sich vermehren zu, daß wir tiets polizeiliche Bewachung während der Arbeitszeit haben. Das Volk will nämlich nicht entlassen sein. hält alle Leute, die sich zur Arbeit melden, zurück, und daß doch mal jemand Arbeit angenommen, so wird ihm angehalten, daß gewisse jammerrückige Arbeiter trotz polizeilicher Wacht nicht vertrieben werden, da die Leute doch an verführten Orten der Straße wohnen

